

Haushaltsrede Kreistag Reutlingen, Fraktion Grüne: Susanne Häcker
(es gilt das gesprochene Wort)

Doppelhaushalt 2026/27

Unsere Kernthesen:

1. Soziale Infrastruktur ist nicht verhandelbar

Jugendhilfe, Prävention und Kreisjugendring sind Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer bei Kindern, Familien und Integration spart, zahlt morgen doppelt – sozial und finanziell.

2. Effizienz statt Rasenmäher-Kürzungen

Wir stehen für klare Prioritäten und kluge Steuerung statt pauschaler Einschnitte. Digitalisierung, wirksame Strukturen und gezielter Mitteleinsatz sichern Handlungsfähigkeit ohne Zukunftsbereiche kaputtzusparen.

3. Klimaschutz und Regionalstadtbahn sind Zukunftssicherung

Investitionen in Klimaschutz, ÖPNV und Regionalstadtbahn sind wirtschaftliche Vernunft. Sie stärken Wettbewerbsfähigkeit, Lebensqualität und Generationengerechtigkeit im Landkreis Reutlingen.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt ist kein Wunschkonzert. Wir alle wissen, wie eng die Spielräume sind und wie groß der Druck auf die öffentlichen Finanzen geworden ist. Aber er darf auch kein reiner Kürzungskatalog zulasten unserer Zukunft sein.

Ein Haushalt ist wie eine Brücke: Er muss heute tragen. Er muss verlässlich sein, tragfähig, genehmigungsfähig. Doch gleichzeitig muss er so gebaut sein, dass er morgen noch hält, dass er kommenden Belastungen standhält und nicht beim ersten Sturm ins Wanken gerät.

Genau vor dieser Aufgabe stehen wir: einen Haushalt zu verabschieden, der kurzfristig Stabilität sichert, aber langfristig Verantwortung

übernimmt, für soziale Sicherheit, für solide Finanzen und für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises.

Wir haben den Doppelhaushalt 2026/27 nicht wie ursprünglich vorgesehen im Dezember beschlossen. Die Verschiebung hatte gute Gründe.

Die Entwicklungen bei den Schlüsselzuweisungen, die Diskussion um die Kreisumlage und vor allem die angespannte Lage vieler Städte und Gemeinden und auch des Landkreises selbst haben deutlich gemacht: Die finanziellen Rahmenbedingungen sind ernst.

Viele Kommunen kämpfen selbst mit steigenden Sozialausgaben, hohen Tarifabschlüssen und wegbrechenden Spielräumen für Investitionen. Gleichzeitig stehen auch wir als Landkreis vor strukturellen Mehrbelastungen, insbesondere im Sozialbereich und bei den Kreiskliniken.

In einer solchen Phase tragen wir eine besondere Verantwortung. Wir dürfen nur das finanzieren, was wirklich notwendig ist. Aber wir dürfen ebenso wenig aus kurzfristigem Spardruck heraus unterlassen, was notwendig ist.

Denn falsche Einsparungen heute, etwa bei Prävention, Infrastruktur oder Zukunftsinvestitionen, rächen sich morgen doppelt. Verantwortung heißt deshalb: genau hinschauen, abwägen, priorisieren. Nicht alles Wünschenswerte geht. Aber das Notwendige muss möglich bleiben.

Genau dieser Balance stellen wir uns mit diesem Haushalt. Kürzungen mit dem Rasenmäher in Form einer globalen Minderausgabe halten wir für einen Irrweg. Deshalb haben wir mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass dieses Instrument nicht vorgesehen ist.

Die finanzielle Lage ist angespannt. Steigende Sozialausgaben, hohe laufende Kosten und begrenzte Einnahmemöglichkeiten engen unseren Handlungsspielraum spürbar ein. Rund drei Viertel unseres Haushalts entfallen inzwischen auf soziale Pflichtaufgaben, insbesondere Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Hilfe zum Lebensunterhalt. Das sind keine politischen Spielräume, sondern gesetzliche Verpflichtungen und Ausdruck gesellschaftlicher Realität. Die kommunale Ebene hat zu einem großen Teil die Aufgabe, sozialstaatliche Leistungen zu erbringen und damit für den leider immer brüchiger werdenden Kitt in der Gesellschaft zu sorgen. Gleichzeitig stehen unsere Städte und

Gemeinden massiv unter Druck. Die Kreisumlage ist für sie eine reale Belastung. Wir verstehen diese Sorgen ausdrücklich.

Nach dem Antrag der FWV- und CDU-Fraktion, der für 2026 keine Erhöhung der Kreisumlage vorsah, ist im Verwaltungsausschuss ein Kompromiss gefunden worden: eine Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte im Jahr 2026 und um 3 Prozentpunkte im Jahr 2027. Das ist ein politischer Ausgleich zwischen den berechtigten Sorgen der Städte und Gemeinden und der Verantwortung des Landkreises für seine Pflichtaufgaben.

Damit ist die Verwaltung jedoch an die Grenze des finanziell machbaren gegangen. Der nun vorliegende Haushalt ist genehmigungsfähig, aber er lässt keine Spielräume mehr. Er ist, nüchtern betrachtet, auf Kante genäht.

Die Mindestliquidität wird eng: also der finanzielle Puffer, der uns kurzfristig handlungsfähig hält. Konkret bedeutet das: Wir bewegen uns weit unterhalb von 10 Millionen Euro. Und diese 10 Millionen sind nicht irgendeine Zahl, sondern die Sollgröße, die wir als sichere Liquiditätsreserve brauchen. Wenn wir darunter rutschen, wird der Spielraum sehr klein. Unvorhergesehene Mehrausgaben lassen sich dann kaum noch auffangen, ohne sofort nachsteuern zu müssen.

Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben weiter strukturell an, ohne dass der Landkreis hier nennenswerte Steuerungsmöglichkeiten hätte.

Dieser Kompromiss ist daher kein komfortabler Weg, sondern ein Balanceakt. Er ist ein deutliches Entgegenkommen gegenüber den Kommunen, zugleich aber auch ein Haushalt, der uns verpflichtet, sehr sorgfältig zu steuern und jede zusätzliche Belastung genau abzuwägen.

Für uns gilt:

Wir feilschen bei der Kreisumlage nicht wie auf einem Basar weder nach oben noch nach unten. Es geht hier nicht um symbolische Prozente, sondern um Verantwortung. Wir wollen eine maßvolle und gut begründete Umlage, die die Städte und Gemeinden nicht überfordert und zugleich die Handlungsfähigkeit unseres Landkreises sichert.

Denn eines ist klar: Ein kaputtgesparter Landkreis hilft niemandem, auch nicht den Kommunen. Wenn wir unsere Pflichtaufgaben nicht mehr solide erfüllen können, trifft das am Ende alle.

Gleichzeitig dürfen wir die Debatte nicht auf die Kreisumlage verkürzen. Die eigentliche Herausforderung liegt tiefer. Sie liegt in der strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene insgesamt. Bund und Länder

übertragen Aufgaben, aber die finanzielle Ausstattung wächst nicht im gleichen Maß mit. Dieses Ungleichgewicht bringt Landkreise und Gemeinden gleichermaßen unter Druck.

Bund und Land übertragen zusätzliche Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, ohne die Finanzierung dauerhaft abzusichern. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben dynamisch. Dieses strukturelle Ungleichgewicht bringt Landkreise und Gemeinden gleichermaßen unter Druck.

Die aktuelle bundesweite Debatte über eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zeigt, dass dieses Problem erkannt ist. Was wir brauchen, ist eine nachhaltige Neuordnung der Finanzströme: höhere, verlässliche Anteile der Kommunen an Gemeinschaftssteuern, eine stärkere Dynamisierung der Zuweisungen und eine ehrliche Konnexität.

Unsere grüne Linie ist ein Dreiklang:

Erstens: konsequente Effizienz und klare Prioritätensetzung in der Verwaltung.

Wir müssen Prozesse weiter optimieren, Digitalisierung gezielt vorantreiben und Strukturen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Es geht nicht um pauschale Kürzungen, sondern um kluge Steuerung: Mittel dort einsetzen, wo sie den größten Nutzen entfalten, und Aufgaben klar gewichten statt Ressourcen zu verstreuen.

Zweitens: der Schutz und die Stärkung unserer sozialen Infrastruktur.

Gerade in finanziell angespannten Zeiten zeigt sich, wofür wir politisch stehen. Einschnitte bei Jugendhilfe, Integration oder sozialen Hilfen würden diejenigen zuerst treffen, die ohnehin wenig Stimme und wenig Spielraum haben: Kinder, Jugendliche, Familien in belasteten Situationen. Das ist mit uns nicht zu machen.

Im Gegenteil: Wir haben bewusst Schwerpunkte gesetzt. Die Erhöhung der Mittel im Jugendhilfebereich ist ein klares Signal, dass Prävention und Unterstützung junger Menschen für uns Vorrang haben. Wer früh investiert, stärkt Bildungsbiografien, entlastet Familien und verhindert spätere Folgekosten.

Gleichzeitig sichern wir die Mittel für den Kreisjugendring. Dort wird mit vergleichsweise geringen finanziellen Ressourcen enorm viel bewirkt durch ehrenamtliches Engagement, politische Bildung, Beteiligungsprojekte und die Stärkung demokratischer Strukturen. Jeder eingesetzte Euro entfaltet hier eine vielfache Wirkung.

Soziale Infrastruktur ist kein Luxus, den man sich in guten Zeiten leistet. Sie ist das Fundament unseres Zusammenhalts und deshalb ein Kernbereich verantwortlicher Kreispolitik.

Drittens: zukunftsfähige Investitionen.

Klimaschutz und Klimaanpassung sind keine freiwilligen Luxusprojekte, sondern Ausdruck wirtschaftlicher Vernunft und generationengerechter Politik. Die Folgekosten unterlassener Investitionen, etwa durch Extremwetter, steigende Energiekosten oder infrastrukturelle Schäden, sind um ein Vielfaches höher als die Mittel, die wir heute verantwortungsvoll einsetzen.

Jeder Euro, den wir in Energieeffizienz, nachhaltige Gebäude, erneuerbare Energien oder eine klimafeste Infrastruktur investieren, reduziert langfristig Betriebskosten, macht uns unabhängiger von fossilen Preisschwankungen und stärkt die regionale Wertschöpfung. Das ist aktiver Haushalts- und Risikoschutz.

Dazu gehört auch die konsequente Stärkung unseres öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt. Ein verlässlicher, gut getakteter und bezahlbarer ÖPNV ist Daseinsvorsorge für Schülerinnen und Schüler, für Pendlerinnen und Pendler, für ältere Menschen und für alle, die nicht täglich auf das Auto angewiesen sein wollen oder können.

Dazu gehört die Unterstützung der Regionalstadtbahn. Die Regionalstadtbahn ist ein Zukunftsprojekt. Wer die Regionalstadtbahn ablehnt, blockiert die Weiterentwicklung unseres Landkreises. Sie ist nicht nur ein verkehrspolitisches Projekt, sondern das Rückgrat einer modernen Mobilitätsstruktur und ein zentraler Baustein für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises: bessere Anbindung für Pendlerinnen und Pendler, Entlastung der Straßen, mehr Lebensqualität in den Kommunen und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Gleichzeitig stärkt sie den Wirtschaftsstandort, sichert die Mobilität von Fachkräften und verbindet Stadt und Umland auf zeitgemäße Weise. Gerade in einem wachsenden Landkreis wie Reutlingen brauchen wir

leistungsfähige, klimafreundliche Mobilität und ein starkes Zusammenspiel von Bus und Bahn.

Zukunftsfähige Investitionen bedeuten daher: Wir denken Infrastruktur nicht kurzfristig, sondern strategisch. Wir investieren dort, wo ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe zusammenkommen. Das ist kein „Nice-to-have“, sondern eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit und der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

Ein zukunftsfester Kreishaushalt ist einer, der nicht nur kurzfristig Zahlen verbessert, sondern langfristig Stabilität schafft: sozial, ökonomisch und ökologisch.

Sozial nachhaltig ist ein Haushalt dann, wenn er den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt: wenn wir in gute Gesundheitsversorgung investieren, unsere Kreiskliniken sichern, soziale Teilhabe ermöglichen und Prävention ernst nehmen. Wer heute bei Jugendhilfe, Integration oder Pflege spart, zahlt morgen doppelt, menschlich wie finanziell. Soziale Infrastruktur ist keine freiwillige Leistung, sondern Fundament eines funktionierenden Gemeinwesens.

Ökonomisch nachhaltig bedeutet, solide zu wirtschaften, Risiken ehrlich zu benennen und künftigen Generationen keine strukturellen Defizite zu hinterlassen. Dazu gehören Transparenz, eine realistische Haushaltsplanung und der Mut, strukturelle Fragen anzugehen etwa bei der Finanzierung unserer Aufgaben zwischen Bund, Land und Kommunen. Nachhaltige Finanzpolitik heißt nicht, Probleme zu vertagen, sondern sie dauerhaft tragfähig zu lösen.

Ökologisch nachhaltig ist ein Kreishaushalt, wenn er Klimaschutz, Energieeffizienz und nachhaltige Infrastruktur nicht als Zusatz, sondern als Investition versteht. Jeder Euro, den wir heute in klimafreundliche Gebäude, erneuerbare Energien oder eine resiliente Infrastruktur stecken, reduziert künftige Folgekosten und stärkt unsere regionale Wertschöpfung.

Nachhaltigkeit ist damit kein Schlagwort, sondern ein Maßstab für verantwortliches politisches Handeln. Ein Haushalt, der diese drei Dimensionen zusammen denkt, ist kein kurzfristiger Kompromiss, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landkreises.

Die Verschiebung des Haushaltsbeschlusses zeigt: Wir müssen ehrlich priorisieren. Keine Wunsch-dir-was-Listen. Aber auch kein Rückzug aus zentralen Zukunftsaufgaben.

Unser Ziel ist klar:

Ein Landkreis Reutlingen, der handlungsfähig bleibt.

Der seine Pflichtaufgaben erfüllt.

Der Verantwortung für die Schwächsten übernimmt.

Und der heute so wirtschaftet, dass kommende Generationen nicht die Rechnung für unsere Versäumnisse bezahlen.

Abschließend möchte ich der Verwaltung ausdrücklich danken. Die Haushaltsaufstellung unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist alles andere als Routine. Sie verlangt Fachlichkeit, Sorgfalt und ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein. Für die transparente Vorbereitung, die konstruktive Begleitung der Beratungen und die verlässliche Zusammenarbeit sagen wir ausdrücklich Danke.

Unser Dank gilt ebenso den vielen Einrichtungen und Institutionen im Landkreis, den Kreiskliniken, den sozialen Trägern, den Einrichtungen der Jugendhilfe, den Schulen und Bildungseinrichtungen, den Beratungsstellen, den Rettungsdiensten, den kulturellen Einrichtungen und den zahlreichen Ehrenamtlichen. Sie alle tragen täglich Verantwortung für das Funktionieren unseres Gemeinwesens.

Gerade in finanziell angespannten Zeiten zeigt sich, wie wertvoll dieses Engagement ist. Dafür gebührt Ihnen unsere Anerkennung und unser Respekt.